Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kiess. — Minden: C. Marowski.

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 128. Berlin, Mittwoch den 17. März 1886, Abends. 25. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, **für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag**, und werden **Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

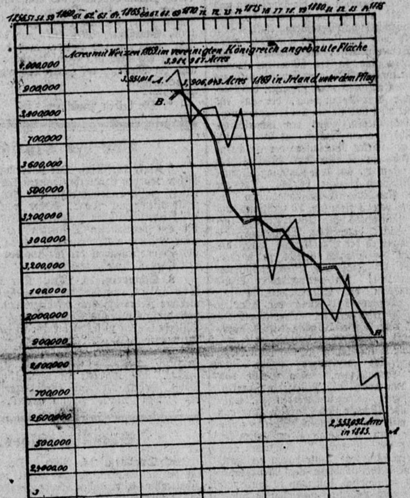
Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. März.

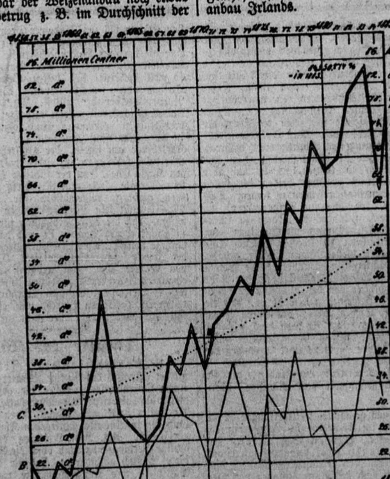
In der schon erwähnten, von Herrn Zoeppritz jun. dem weiteren deutschen Publikum zugänglich gemachten Broschüre (cfr. Nr. 123 der „Nordd. Allgem. Ztg.") wendet sich Mr. Dalhousie-Roß auch gegen die bei uns vielfach verbreitete Meinung, daß Getreidezölle, weil sie ein Hauptnahrungsmittel vertheuerten, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einschränken. Speziell für England wurde behauptet, daß es für dieses Land unmöglich sei, Nahrungsmittel zu besteuern, weil billige Nahrungsmittel die einzige Möglichkeit gewährten, mit geschützten Industrieen zu konkurriren. Diesem auch unseren Freihändlern sehr geläufigen Argument stellt Mr. Roß die Frage entgegen, ob denn etwa der Weg, sich billige Nahrungsmittel zu sichern, der sei, zu gestatten, daß der Weizenanbau im Lande, für unsere Verhältnisse würde man sagen müssen: Getreideanbau, unmöglich werde.

Für seine Ansicht führt Mr. Roß die Thatsache ins Feld, daß in der 15jährigen Periode 1859—1873 das englische Exportgeschäft in dem blühendsten Zustand war, den es je erlebt, und von 130 auf 225 Mill. Lstr. stieg, während in dieser Periode Weizen durchschnittlich 52 Sh. per Quarter kostete. Hält man aber daneben, daß in der jüngsten Periode eines enormen Rückganges des englischen Außenhandels der Weizenpreis um 30 Sh. fluktuirte, dann wird man sich kaum der famosen Ansicht des Herrn Mongredien anschließen können, der in der guten Ernte Englands von 1884 den Grund jenes enormen Rückganges entdeckt haben wollte.

Von besonderem Interesse ist aber, wie Mr. Roß anschaulich macht, welche Einwirkung die freie Konkurrenz, speziell des amerikanischen Weizenüberschusses, auf den englischen Märkten für die englische Landwirthschaft geübt habe. Es geschieht das durch folgende graphische Darstellungen.



Die einfache Linie A.—A. zeigt die im Verein. Königreich mit Weizen angebaute Fläche für die Jahre 1868—85; vor diesem Zeitabschnitt war der Weizenanbau noch etwas größer und betrug z. B. im Durchschnitt der Jahre 1854/59 4 128 972 Acres. Die Doppellinie B.—B. zeigt die in Irland mit Getreide, Blattfrüchten und Flachs angebaute Fläche; also im Wesentlichen den Gesammtanbau Irlands.



In dieser Darstellung zeigt die einfache Linie A.—A. die englische Einfuhr von Weizen und Mehl aus allen Ländern exkl. der Vereinigten Staaten. Die Doppellinie B.—B. zeigt dieselbe Einfuhr inkl. der Vereinigten Staaten. Der sich stets vergrößernde Zwischenraum zwischen beiden Linien ergiebt also, wie gerade die amerikanische Einfuhr es war, welche die noch zu erörternde Wirkung auf die englische Landwirthschaft übte. Die dritte punktirte Linie C.—C. giebt an, welches Quantum Weizen in England hätte eingeführt werden müssen, wenn seit 1869 — dem Maximum der ersten Tafel — der Weizenanbau gleich groß geblieben wäre und als jährlicher Bedarf 360 Pfund pro Kopf der jeweiligen Bevölkerung angenommen werden.

Sieht man aber, daß der rapide Abfall des Weizenanbaues im gesammten England gerade in dem Jahre beginnt, wo die Einfuhr aus Amerika anfängt, den Jahresbedarf (C.—C.) dauernd zu überschreiten, und daß der Weizenanbau um so weiter und um so schneller eingestellt wird, je größer diese Ueberschreitung wird, so kann gar kein Zweifel obwalten, daß allein die enorme Masse des amerikanischen Weizenimports — die Einfuhr aller anderen Länder nach England bleibt ziemlich konstant — den Rückgang des englischen Weizenanbaues verursacht hat.

Die erste der beiden Tafeln enthält aber noch eine ganz besonders bemerkenswerthe Lehre. Fast genau nämlich in demselben Maße, wie der Weizenanbau auf beiden Inseln eingestellt wurde, verminderte sich der Anbau aller Früchte, also die landwirthschaftlich benutzte Fläche überhaupt, in Irland allein. Die wirthschaftlich schwächere Provinz war es also, auf welche der Gesammtschaden, den der amerikanische Weizenimport dem Vereinigten Königreiche zufügte, abgewälzt wurde! Ein Fingerzeig, der nicht nur für die Nothlage der irischen Pächter und Irlands überhaupt höchst instruktiv ist, sondern gleichzeitig, auf unsere Verhältnisse übertragen, sehr beachtenswerth erscheint.

Würden wir der freihändlerischen Parole „billiges Brot" folgen, und würde nach Aufhebung der Getreidezölle die überseeische Konkurrenz unsere Landwirthschaft nöthigen, den Getreideanbau mehr und mehr einzustellen, so würden voraussichtlich ebenfalls die wirthschaftlich schwächeren Landestheile, die in klimatischer Beziehung und betreffs der Bodenbeschaffenheit schlechter situirten, die Kosten zu tragen haben, d. h. unsere ärmeren Landestheile würden zu einem deutschen „Irland" gemacht werden.

Diese sehr beachtenswerthe, aus den englischen und irischen agraren Vorgängen sich ergebende Schlußfolgerung dürfte aber auch die Ursache erkennen lassen, aus welcher gerade in den agrarisch weniger gut gestellten Landestheilen bei uns die Klagen über die landwirthschaftliche Nothlage am lautesten vernommen worden: die ausländische Konkurrenz hat dort bereits die empfindlichsten Schäden angerichtet. Die richtige Erkenntniß dieser Ursache sollte aber wohl Anlaß geben, ernsthaft darüber nachzudenken, ob nicht dennoch einige „prinzipielle" Bedenken zu opfern sein möchten, um diesen ärmeren, hauptsächlich auf Sandboden wirthschaftenden Landestheilen den Kartoffelbau, m. a. W. also den Brennereibetrieb rentabel zu erhalten.

Die aus obigen Kurven für Großbritanien und Irland sich ergebende Thatsache, daß der wirthschaftlich schwächere Theil unter der „freiesten" Konkurrenz des Auslandes zuerst und am empfindlichsten leidet, legt aber noch eine andere Schlußfolgerung nahe. Werden nämlich die Schädigungen dieser Konkurrenz in „freiem Wettbetrieb der Kräfte" überwiegend auf den schwächeren Theil abgewälzt, wie es sich für Irland zeigt, dann ist auch im Vergleich von Groß- und Kleinbetrieb der letztere unter sonst gleichen Verhältnissen stets am stärksten bedroht.

Unsere „liberalen" Wirthschaftspolitiker reden sehr viel von Erhaltung und Kräftigung des Bauernstandes; ihr Ideal aber, die Getreidezölle zu beseitigen, würde gerade den landwirthschaftlichen Kleinbetrieb zuerst ruiniren! Auch der rapide Rückgang des Handwerks in der Freihandelsperiode dürfte damit zusammenhängen, und in letzter Linie wird man sagen dürfen, daß der wirthschaftlich schwächste Theil der Bevölkerung, der Arbeiterstand, am stärksten daran interessirt ist, daß die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit fortgeführt werde.

Wer beobachtet hat, wie in England und Irland weniger der Großgrundbesitz, als der Farmer und Pächter in bedrohliche Zustände gerathen sind, wer die Vorgänge in der dortigen Arbeiterwelt nicht vornehm ignorirt, wird auch begreifen, wie gerade der Rückgang der englischen Landwirthschaft, die dort bestehende agrare Krise, die eigentliche Wurzel der allgemeinen, wenig befriedigenden wirthschaftlichen Zustände ist. Wer aber dieses erst begriffen hat, wird auch von uns kaum noch verlangen können, dem Ideale nachzustreben, „reiner" Industriestaat werden zu wollen, welchen „Fortschritt" England anbahnte, als es seine Getreidezölle aufhob, und den es nicht eindämmte, als die „Umstände", die Cobden voraussetzte und von denen Mr. Disraeli sprach, sich geändert hatten.

Der **Reichstag** setzte in seiner heutigen Sitzung, nachdem dem Präsidium die Ermächtigung ertheilt, Sr. Majestät dem Kaiser zu Allerhöchstdessen bevorstehendem Geburtstage die ehrfurchtsvollsten Glückwünsche des Reichstages darzubringen, die zweite Berathung des von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. den Arbeiterschutz, fort, soweit eben die Berathung desselben schon vorgestern das Haus beschäftigt hatte. Abg. Grohé (Volkspartei) erklärte sich gegen die Einführung der vorgeschlagenen Arbeitsämter, aber für das Reichsarbeiteramt, ferner im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Abgeordneten für die Annahme der von der Kommission beantragten Resolution bezüglich der Vermehrung der Fabrikinspektoren. Abg. Dr. Hartmann wies nach, daß die von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge weder annehmbar, noch haltbar seien. Regierungskommissar Geheimer Ober-Regierungsrath Lohmann machte Bedenken gegen die von der Kommission vorgeschlagene Resolution geltend, da es sich wesentlich um Erwägungen handle, die den Landesregierungen überlassen bleiben müssen; außerdem erscheine gegenwärtig die Aenderung dieser Gesetzgebung mit Rücksicht auf die Wirksamkeit der Berufsgenossenschaften nicht angezeigt. (Bei Schluß des Berichts dauerte diese Debatte fort.)

Das **Abgeordnetenhaus** setzte die Berathung des Etats fort. Zur Diskussion gelangte der Etat der Lotterieverwaltung, zu welchem die Budgetkommission den Antrag stellt: die vorliegenden Einnahmen aus dem Lotteriespiel von 4 054 646 Mark auf 6 081 969 ℳ zu erhöhen und dementsprechend auch die bezüglichen Ausgabepositionen zu modifiziren, gleichzeitig aber die Staatsregierung aufzufordern, für das Etatsjahr 1887/88 durch Vermehrung der Loose um die doppelte Anzahl eine Erhöhung der Einnahme um das Doppelte herbeizuführen. Zu dieser Resolution beantragt Abg. Frhr. v. d. Reck noch folgenden Zusatz: „Womöglich noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch die Gewährung von Tantièmen der Gewinnantheile für den Vertrieb von Loosen beseitigt und dem Zwischenhandel mit Loosen gesteuert werde." — In der Debatte sprachen für die Anträge der Kommission außer dem Referenten die Abgg. v. Rauchhaupt, Kieschke, Cremer, gegen dieselben die Abgg. v. Gerlach, Dr. Mayer-Breslau, Dr. Gneist, Dr. Windthorst, während der Herr Finanzminister die Erklärung abgab, daß die Regierung auf ihrem früheren Standpunkte, der Landesvertretung in dieser Frage die Initiative vorzubehalten, beharren müsse, daß aber die Regierung für den Fall der Annahme der Anträge keinen Anstand nehmen würde, denselben Folge zu geben. (Bei Schluß der Redaktion dauerte die Debatte fort.)

Die „Neue Stett. Ztg." reproduzirt nachfolgenden, auf das Seeräuberwesen in den chinesischen Gewässern bezüglichen Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, d. d. 24. Februar d. J., welcher am Montag an der Stettiner Börse auflag:

„Ew. Hochwohlgeboren empfangen anbei zur gefälligen Kenntnißnahme eine mir von beachtenswerther Seite zugegangene Mittheilung, betreffend den seeräuberischen Angriff auf das britische Dampfschiff „Greyhound" unfern Hongkong am 17. Oktober v. J. und die muthmaßliche Zunahme der Seeräuberei in den chinesischen Gewässern. Bereits im Jahre 1882 hat die Plünderung der deutschen Bark „Occident" durch chinesische Seeräuber mir zu dem Ersuchen Anlaß gegeben, die betheiligten Schifffahrtskreise der dortigen Provinz auf die der Schifffahrt in den chinesischen Gewässern von den Seeräubern drohenden Gefahren hinzuweisen, und als Mittel zu deren Bekämpfung die sorgfältige Auswahl der Schiffsbesatzung und eine entsprechende Bewaffnung der letzteren zu empfehlen. Die Räthlichkeit dieser Vorsichtsmaßregeln dürfte den Betheiligten jetzt in das Gedächtniß zurückzurufen sein.

Ew. Hochwohlgeboren stelle ich daher die geeigneten Maßnahmen nach dieser Richtung ergebenst anheim."

Die betreffende Mittheilung lautet:

„Am 17. Oktober 1885 wurde der englische Dampfer „Greyhound" auf der Fahrt von Hongkong nach Haihow, ungefähr 70 Seemeilen von dem ersteren Platze entfernt, von einer als Passagiere an Bord eingeschifften, einige dreißig Mann starken Piratenbande angegriffen, der Kapitain Syder getödtet, mehrere der Offiziere verwundet und der zweite Maschinist gezwungen, den Dampfer bis auf etwa 40 Seemeilen von Hongkong zurückzuführen. Dort erwarteten drei chinesische Dschunken den Dampfer, in welche die Piraten ihren Raub, der aus ca. 10 000 Lstrl., einer Kiste Opium, Uhren und Schmucksachen der chinesischen Passagiere (ungefähr 150 an der Zahl) und den an Bord befindlichen Waffen bestand, packten, worauf sie den Dampfer verließen, nachdem sie die Maschine desselben unbrauchbar gemacht und dem Maschinisten befohlen hatten, das Schiff nicht nach Hongkong zurückzuführen, sondern die Reise nach Haihow fortzusetzen. Nach einigen Stunden angestrengter Arbeit gelang es, die Maschine wieder in Stand zu setzen, und der Dampfer kehrte nach Hongkong zurück. Das sofort nach der Meldung von dem Vorgefallenen in Hongkong von dort in See gegangene englische Kanonenboot fand die Piraten nicht mehr, nach späteren Mittheilungen sind aber einige derselben von portugiesischen Behörden in Macao verhaftet und eine größere Anzahl mit einer der betheiligt gewesenen Dschunken und einem Theil der geraubten Gegenstände durch ein chinesisches Kanonenboot eingebracht worden. Die in Hongkong erscheinenden englischen Zeitungen geben zu, wie der Vorgang an Bord des „Greyhound" beweise, daß auf diesem Schiffe alle Vorsichtsmaßregeln gegen ein solches Ereigniß außer Acht gelassen seien. Solche Maßregeln erscheinen aber namentlich für kleine Schiffe zur Zeit um so mehr geboten, als in Folge des neuerlichen nachdrücklichen Einschreitens der chinesischen Regierung gegen die Salz-Schmuggler diese sich nunmehr auf den Seeraub legen werden."

Die **„Kieler Zeitung"** will nicht gelten lassen, daß sie „Belgien mangels der allgemeinen Schulpflicht als unreif für das allgemeine Wahlrecht erklärt und für Intelligenzwahlrecht plaidirt" habe; sie will vielmehr den betreffenden Artikel, den sie selbst in ihrer Abwehr „unseren Artikel" nennt, nach der „angegebenen Quelle" — der „Münch. Allgem. Ztg." — nur gebracht haben „zur Orientirung über die Stellung der belgischen Parteien". Daß die „Kieler Zeitung" den Spuren des Münchener Blattes gefolgt, haben wir weder übersehen, noch verschwiegen; aber hat die „Kieler Ztg." die Stellung der belgischen „Liberalen", welche gegen allgemeines und für Intelligenzwahlrecht genommen ist, auch nur mit einer Silbe gemißbilligt, hat sie nicht im Gegentheil diese Stellung in das hellste Licht gestellt?

Rundschau im Auslande.

In der **Orientlage** ist heute insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als Fürst Alexander von Bulgarien seinen bekannten Widerspruch, wohl jedenfalls in Folge der Bemühungen des diplomatischen Korps in Sofia, zurückgezogen, oder, um mit dem Telegraphen zu reden, einen solchen überhaupt gar nicht erhoben hat. Nach einem Wiener Telegramm der „Köln. Ztg." hätte Fürst Alexander den Vorstellungen der Mächte in Sofia nur theilweise nachgegeben, indem er sich bereit erklärte, sich in die Beschränkung der Ernennung zum Generalgouverneur von Ostrumelien auf fünf Jahre fügen zu wollen, sofern die Erneuerung der Ernennung auf weitere fünf Jahre nur durch die Pforte zu vollziehen sein würde. Dagegen beharre er auf seinem Widerspruch dahin, daß diese Erneuerung von der Uebereinstimmung und Billigung der Großmächte abhängig gemacht werde. Im Anschluß an die durch diesen Widerspruch hervorgerufene weitere Verzögerung des Abschlusses des bulgarisch-türkischen Abkommens nehme auch die Haltung der Großmächte Griechenland gegenüber eine immer fragwürdigere Gestalt an. Auf Wunsch Englands hatte man zunächst ein den kräftigen Worten entsprechendes thatkräftiges Auftreten um deswillen aufgeschoben, weil England sein Geschwader noch mit Torpedos besser ausrüsten wollte. Daß dieser Grund freilich weniger in militairischen Rücksichten als in politischen Erwägungen seinen Ursprung hatte, lag Angesichts der Schwäche der griechischen Flotte und der Machtentfaltung des internationalen Geschwaders einerseits und der bekannten Gladstoneschen Griechenfreundlichkeit klar zu Tage. Dann bat England um weiteres Aufschieben einer Handlung gegen die griechische Flotte bis nach Abschluß des bulgarisch-türkischen Abkommens, weil dann Griechenland seine allseitige Vereinsamung erkennen und dementsprechend endlich abrüsten würde und müsse. Jetzt sei nun dieser Abschluß wieder vertagt und Griechenland könne von Neuem sich bei Gladstone bedanken, daß dieser die offenkundige Verhöhnung des Willens der Großmächte durch einen kleinen Staat zur Erbauung Europas so lange gestattet. Man wird gespannt darauf sein dürfen, meint die „Köln. Ztg.", wie lange noch die Großmächte die Verhöhnung mit Ruhe ansehen werden.

Der Zusammentritt der Konstantinopeler Botschafterkonferenz erscheint unter diesen Umständen vorläufig noch unbestimmbar. Wie die „Köln. Ztg." sich melden läßt, dürfte folgendermaßen verfahren werden: Saïd Pascha theilt allen Botschaftern den von der Türkei vorgeschlagenen Wortlaut des Abkommens mit, so daß sie sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen und die erforderlichen Anweisungen genau einholen können. Dann werden die Botschafter sich privatim miteinander besprechen und eine Einigung über die noch schwebenden Fragen, insbesondere also über die Formel für die Ernennung des Fürsten von Bulgarien zum Generalstatthalter zu erzielen suchen. Dabei werde kaum zu vermeiden sein, daß der russische Vorbehalt wegen des organischen Statuts zur Sprache kommt, und es werde somit vielleicht möglich sein, von Rußland wenigstens das zu erlangen, daß es nicht das ganze Werk der Konferenz illusorisch macht. Erst wenn die Botschafter unter sich einig sind und sich die Zustimmung der türkischen Regierung zu ihren Beschlüssen gesichert haben, werde man die Konferenz wirklich zusammentreten lassen, so daß nur eine Sitzung stattzufinden hat, in der das Schlußprotokoll unterzeichnet wird. Vermuthlich werde dann später die Konferenz noch einmal zusammentreten, um sich mit dem abgeänderten Statut zu befassen.

Serbien zeigt sich bereit, die Konsequenzen des Bukarester Friedensschlusses zu ziehen. Sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden soll die Grenze gegen Bulgarien dem Handelsverkehr freigegeben werden. Auch die Demobilisirung wird in Angriff genommen. Die Entlassung der um Nisch, Aleksinac, Jagodina, Knjazevac und Pirot konzentrirten Truppen des ersten Aufgebotes und der Reservisten hat, wie man der „N. Fr. Pr." aus Belgrad vom 14. ds. meldet, seit mehreren Tagen in größerem Maßstabe begonnen; von dem stehenden Heere werden aber nur die kränklichen und schwächlichen Mannschaften entlassen, weil die Garnisonen in den Kreisen der neuerworbenen Gebiete an der Grenze Alt-Serbiens, und zwar in den Orten Raschka, Prepotac, Kurschumlyje, Prokoplje und Vranja bedeutend verstärkt werden. Wie verlautet, würden auch bedeutende Munitionsvorräthe und viele Bangegeschütze in die bezeichneten Orte und besonders nach Vranja gebracht. Man glaubt, daß diese Verstärkung der Grenztruppen hauptsächlich gegen die Arnauten gerichtet sei, die wieder einige Einfälle auf serbisches Gebiet versucht haben sollen.

Die Demission des **österreichischen** Handelsministers Frhrn. v. Pino ist vom Kaiser angenommen und mit einem sehr gnädigen Handschreiben des Monarchen beantwortet worden, welches dem demissionairen Minister für seine dem Staate mit großem Eifer und patriotischer Hingebung geleisteten vielseitigen und vorzüglichen Dienste die volle Anerkennung ausspricht.

Wiener Blättermeldungen aus Görz zufolge kam es anfangs voriger Woche zu einem Kampfe zwischen **italienischen** Finanzwachmännern und Schmugglern auf den Bergen von Montaperta (Distrikt Tarcento in der Provinz Udine). Ein Ober-Aufseher (Brigadiere) wurde schwer, ein Wachmann leicht verwundet; auch auf Seite der Schmuggler wurden drei schwer verwundet. Eine große Quantität geschmuggelter Waare wurde saisirt und nach Tricesimo gebracht; es war eine ganze Wagenladung. Um den Schmuggel an der italienischen Grenze nach Möglichkeit zu verhindern, darf auch im österreichischen Zollgrenzbezirk nicht mehr als 1 Kilogramm Zucker, Kaffee oder 1 Liter Spiritus auf einmal verkauft werden.

Die schwächliche Haltung der **französischen** Deputirtenkammer in Sachen des Decazeviller Strikes scheint den Uebermuth der Arbeiter angestachelt zu haben und machen die Strikenden alle möglichen Anstrengungen, um die noch arbeitenden Bergleute ebenfalls zur Arbeitseinstellung zu bestimmen. Fünf neue Hetzapostel sind in Decazeville eingetroffen und haben sich sofort mit dem Deputirten Basly